

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Gesheint seit dem Jahre 1841.



für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das
Forstamt zu Tharandt.

Bernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. sowie für das Forst-

Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff
rentamt zu Tharandt.

Postleitz-Konto: Leipzig Nr. 26614

Nr. 126

Sonnabend den 5. Juni 1920

79. Jahrg.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, ständig 6 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftshäusern von der Amtshauptmannschaft Meißen, meistens 10 Pf., vereinzelt auch 12 Pf.; durch weitere Amtshäuser meistens 12 Pf., vereinzelt auch 15 Pf. Bei bestem Posten kostet es 10 Pf., meistens 12 Pf., ohne Aufzugsgebühr. Die Poststellen, Postkassen sowie andere Postdienste und Dienststellen nehmen ebenfalls Bezahlungen entgegen. Ein Jahr höherer Gewalt — Briefe oder sonstige gegenwärtige Erklärungen der Zeitung, der Zeitungen oder der Zeitschriften — hat der Deutscher keinen Aufschlag auf Lieferung oder Bezahlung der Zeitung oder auf Bezahlung des Deutungspflicht. Wenn bei der Zeitung in den abgedruckten Tüpfeln kein Aufschlag, soll die Zeitung verpflichtet, in bestehendem Umfang oder nicht erneut, / Nachverhandlung des Nummern 10 Pf. / Aufschlag soll nicht verhältnis zu Straftaten, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Gesellschaft, / Keine Poststellen halten unbedingt. Berliner Zeitung: Berlin 625. 45.

Bernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. sowie für das Forst-
amt zu Tharandt.

Über Einzelheiten der hierauf zu beobachtenden Vorschriften geben die Ortspolizeibehörden und die Bezirksärzte Auskunft.

Dresden, am 2. Juni 1920.

625 V V

Wirtschaftsministerium.

Reichs-Reisebrotmarken.

1. Demnächst kommen neue Reichsreisebrotmarken zur Ausgabe. Durch die Einführung der neuen Marken wird die Gültigkeit der jetzigen nicht berührt. Es gelten daher bis auf weiteres die alten und die neuen Marken nebeneinander, doch werden in absehbarer Zeit die jetzigen Marken ausser Geltung gesetzt werden. Der Zeitpunkt, zu dem letzteres geschieht wird, wird noch besonders bekannt gegeben werden.

Da die Ungültigkeitsklärung der jetzigen Marken voraussichtlich erst in einigen Monaten erfolgen wird, wird ein **Umtausch** der alten in neue Marken nicht zugelassen.

2. Mit Wirkung vom 7. Juni 1920 ab haben die Brotmarkenausgabestellen, die über Bestände an Reisebrotmarken verfügen, beim Umtausch von Kommunalverbandsbrotmarken in Reisebrotmarken **keine Kürzung** mehr vorzunehmen. Die Verbraucher haben also an Reisebrotmarken diejenige Gewichtsmenge an Brot zu erhalten, über welche die von ihnen abgegebenen Brotmarken des Kommunalverbandes Meißen lauten.

3. Gleichzeitig wird erneut darauf hingewiesen, daß auch die Reisebrotmarken sofort bei der Entgegennahme **vorschriftsmäßig** zu entwerten sind. Alle

bei Revisionen vorgefundene, nicht entwerteten Marken werden eingezogen, ohne daß der Betriebsinhaber Wehl dafür vergütet erhält.

Meißen, am 2. Juni 1920.

Nr. 452 II E

zu: Kommunalverband Meißen-Stadt und Land.

Die Amtshauptmannschaft.

Rößfleischverkauf Sonnabend vormittags von 10 bis 12 Uhr auf die Nummern 803 bis Ende und 1 bis 90.

Wilsdruff, am 4. Juni 1920.

624 Der Stadtrat — Kriegswirtschaftsamt.

An die Herren Gemeindevorstände des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff.

Um das Wahlergebnis des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff für die Reichstagswahlen rechtzeitig zusammenstellen zu können, bitten wir, das Wahlergebnis Ihres Wahlbezirks nach der Zusammenstellung am Sonntag abend **sofort dringend** dem „Wilsdruffer Tageblatt“, Heraus Nr. 6, zu telefonieren. Es bedarf nur der Bezeichnung: Deutschnationale, Volkspartei, Demokraten, Sozialdemokraten, Unabhängige, Kommunisten, Zentrum mit Angabe der dazugehörigen Einzelergebnisse.

Schriftleitung des Wilsdruffer Tageblattes.

Während es nicht um wesentliches nicht um eine deutsche Frage, sondern um eine der Weltwirtschaft. Und auch die Gründe sind zum großen Teil wenigstens wettwirtschaftlicher oder geopolitischer Art. Man braucht ja nur den Namen Span zu nennen: gibt es doch viele Kreise, die sich von der Zusammenfassung in Span und der ihr folgenden Finanziersprengung in Brüssel einen erzielreichen Versuch versprechen, Ordnung in das wirtschaftliche Durcheinander Europas und der Welt zu bringen. Das das aber eine höherbewertung der stark entwerteten Währungen des europäischen Festlandes gegenüber denen der Nachostländer bedeutet könnte, ist mindestens möglich. Das aber heißt natürlich ein Anreiz für spätkapitalistische Gewinner, das Zahlungsmittel dieser entwerteten Währungen billig einzuschaffen in der Hoffnung, sie später teurer verkaufen zu können. Auf der anderen Seite haben sich gerade in den letzten Wochen die Stimmen gemeldet, die von der Unfähigkeit (zum Teil übrigens auch dem mangelnden guten Willen) der Vereinigten Staaten von Nordamerika zeugen, mit ihren reichen Mitteln dem alten Erdteil beizutragen, — eine Tatsache, die in ihren Wirkungen der zuletzt geschilderten schmutzigen zuwiderläuft. Andere Vorgänge, wie die türkischen Unruhen, das Schwarzen des Kriegsgeklags im polnisch-russischen Krieg, die immer weiter fortlaufende Versteigerung des Goldmarktes, brauchen nur kurz gestreift zu werden. Nur für das letztere sei noch ein kleines Beispiel gegeben: die Schwedische Aktiobank, einer der jüngst geplante, sieht sich veranlaßt, in einem eigenen Kundschreiben an die Banken des Landes diese zu allgemeiner Vorstrik in der Darlehenbergabe zu ermahnen und außerordentliche Maßnahmen anzunehmen, falls ihre Wünsche nicht Folge geleistet werden. Das das Bekanntwerden einer derartigen Wahrung von solcher Stelle auf den Weltgoldmarkt bestimmd wirkt und damit alle Valutenturme ins Schwanken bringt, ist selbstverständlich.

Der Markt der deutschen Mark allerdings unterliegt neben den geschilderten allgemeinen auch noch besonderen in ihren Wirkungen widerstreitenden Einflüssen. Zum Teil sind dies Folgen der vorangegangenen scharfen Steigerung, die unsere Wettbewerbsfähigkeit in der Ausfuhr ja vorübergehend sehr stark beeinträchtigt, diese sogar fast völlig zum Stillstand gebracht hat. Andererseits sind gehämmerte Bauteile fremder Zahlungsmittel auf den Markt getreten. Es wird ferner behauptet übermäßig wahrcheinlich klingt die Presse nicht, englische und amerikanische Kapitalisten laufen im Ausland deutsche Zahlungsmittel auf, um so den Wert der Mark zu treiben und die deutsche Ausfuhrfähigkeit zu erschüttern. Die jüngsten, bemerkenswerten Schwankungen allerdings hat ein ganz merkwürdiger Grund verursacht. Sie geben nämlich fast reinlos von Deutschland aus, wo wieder einmal englische Gewinner begonnen haben, im Hinblick auf den Wahlgang sich fremde Zahlungsmittel zuzulegen, weil sie innere Unruhen, vielleicht auch nur Wahlsieg der Radikalen von rechts und links und als deren Folge neue Veränderungen des Marktwertes befürchten, eine Wirkung, die denn auch in Wirkung dieser Angstfalle eindrücklich eingetreten ist.

Auch in diesem Falle ist es notwendig, neben den Ursachen für die Wirkungen zu gedenken. Sie sind bei den augenblicklichen kurzdauernden Zuständen des Marktwertes beinahe noch verberblid, als bei langdauernden Fällen oder Steigerungen. Denn, wie bereits erwähnt, sie machen jede Kalkulation, auch jede Sicherung gegen die Folgen von

Währungsverschwendungen völlig unmöglich. Das heißt aber nichts anderes, als daß sie unter Raum in den Anfängen einer Gewindung befindliches Wirtschaftsleben wiederum aufs schwerste schwägen und diese Gewindung erneut aufzubauen. Dafür ist kaum damit zu rechnen, daß wir in nächster Zeit ein Ende dieser Schwankungen sehen. Das ergibt sich schon daraus, daß die erwähnten Gründe kaum so rasch aufzuheben werden zu wollen, und jeder Tag bringt noch neue Ursachen. Man hat unsere Zeit so oft mit der verglichen, durch die Napoleon der Erste ging. Die Ähnlichkeit im Hinblick auf die Valutenschwankungen ist erstaunlich groß; es hat auch damals viele Jahre gebraucht, ehe die Währungen der verschiedenen Länder sich eingearbeitet auf einander abgestimmt hatten, obgleich der Wiener Kongress bei weitem nicht so hirnverbrannt gewirtschaftet hat wie seine Vorfahre Ratsahmer.

Leonhard Hagebucher.

Osterreichs Zukunft.

Frankreich für den Anschluß an Deutschland.

Der Kapitän der französischen Mission l'Epine, der vor einigen Tagen sich beim Landeshauptmann in Salzburg über die Anschlußbewegung informierte, hat mit dem Vorstand der deutschfreiherrlichen Partei, Professor Karl Wagner, über die Gründe für die Anschlußbewegung gesprochen. Wagner erklärte ihm zunächst, es gebe keine österreichische Nation neben der deutschen. „Wie Deutschen in Österreich“, sagte er, „sind die Brüder der Deutschen in Freiheit.“ So dann legte Professor Wagner auch die wirtschaftlichen Gründe für den Anschluß dar. Die von l'Epine befürwortete Donau-Föderation erklärte Wagner schon wegen des Hasses der nichtdeutschen Nationen gegen alles Deutsche für unmöglich. l'Epine gab dann zu bedenken, daß ein Aufsehen der Südbedeutung im Deutschen Reich nicht zu wünschen sei, weil dadurch die Eigenart der Südbedeutung bedroht wäre. Darauf erwiderte ihm Wagner: „Es kann uns gut nichts schaden, wenn wir etwas von dem strammen norddeutschen Geist zu spüren bekommen.“ Schließlich kam l'Epine auf Bayern zu sprechen. Er sang ein Loblied auf den Kronprinzen Rupprecht, dessen Charaktereigenschaften und außerordentlich großen Anhang er hervor hob; er ließ durchblicken, daß auch Frankreich nichts dagegen haben würde, wenn ein Österreich an ein unter der Herrschaft Rupprechts stehendes Bayern anschließe. Daraufhin betonte Wagner die unbedingt republikanische Bestimmung seiner Parteigenossen. Zum Schlus erklärte l'Epine, die Entente wäre bereit, den Anschluß Österreichs an Deutschland zu bewilligen, wenn der Beweis erbracht wäre, daß Österreich allein nicht leben könne.

Die aufgezwungene Klausenlinie.

Abmilderungen anfangen in Deutschland.

Dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris ist vor dem französischen Ministerpräsidenten eine Note, betreffend die Grenzziehung in Schleswig und den Übergang der in Frage kommenden nordschleswigschen Gebiete zugestellt worden. Eine Anlage zur Note enthält eine offizielle Mitteilung, betreffend die Beschreibung der zukünftigen Grenzlinie zwischen Deutschland und Dänemark. Die offizielle Mitteilung über die Grenzlinie soll erst in dem Augenblick erfolgen, wo zwischen den Hauptmächten ein Vertrag über die Abrechnung geschlossen ist, dessen Wortlaut

eventualis von Herrn Müller und Herrn Göppert übergeben worden ist. Deutschland soll binnen zehn Tagen eine Antwort auf den Vertragseinwurf, der auch die dänische Regierung mitgeteilt worden ist, geben.

Die vorgesehene Grenze verläuft ungefähr wie die Elbe entlang, mit einigen Abweichungen zugunsten Deutschlands. Das ganze Werk Altmühle bleibt zwar bei Deutschland, dafür aber sind Abweichungen zu unseren Ungunsten bei Kranau, bei Baitburg, bei dem ganzen Bahnhof Döbeln und nördlich Wiesau bis nach Siebold vorgenommen. Zu den Vertragseinwürfen ist die Grenzbeschreibung aufgenommen worden. Es ist vorgesehen, daß die alliierten Hauptmächte am Tage der Grenzfeststellung das Abtretnungsgebot an Dänemark übernehmen, das seinerseits keine Teile ohne Zustimmung des Rates des Völkerbundes wieder verändern darf.

Ein Optionrecht für Dänemark ist allen Wahlberechtigten in der zweiten Zone unter den Bedingungen der Artikel 112 und 113 des Friedensvertrages eingeräumt, d. h. die für Dänemark Optierenden müssen innerhalb eines Jahres nach der Option ihren Wohnsitz in das Gebiet des Rates verlegen, für den sie optiert haben. Nein ist gegenüber dem Friedensvertrage, daß Dänemark nicht nur den deutschen Staatsbund, sondern auch den Provinzialbund der Provinz Schleswig-Holstein und den Privatbund aller deutscher Mitglieder des früheren schleswig-holsteinischen Herzogshauses erwerben soll. Alle Kauf-, Miet- und Pachtverträge, die in Bezug auf Staats- oder Provinzialterren nach dem Waffenstillstand abgeschlossen sind, sollen null und nichtig sein, wenn nicht Dänemark zustimmt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

♦ Falsche Preschgerüchte. Der Staatskommissar für öffentliche Ordnung teilt mit, daß die vom Berliner Tageblatt ausgegebene Meldung über Preschgerüchten von in Berliner Vororten versammelten Truppen auf Unwahrheit beruhen. Nach den Ermittlungen des Staatskommissars kann von den artigen Truppen nicht die Rede sein.

♦ Austritt Amerikas aus der Rheinlandskommission. Wie das "Echo du Rhin" mitteilt, ist der Rücktritt des amerikanischen Vertreters bei der Rheinlandskommission, Ross, auf Veranlassung der Washingtoner Regierung, und zwar wegen der Unmöglichkeit einer unerschöpflichen Ratifizierung des Versailler Vertrages erfolgt. Ross lehrt mit den Mitgliedern der amerikanischen Sektion der Rheinlandskommission nach Amerika zurück, während der Oberkommandierende der amerikanischen Streitkräfte im Rheinland, General Allen, eine Reorganisation im Stab vorbereitet, um die Zusammenarbeit der amerikanischen Zone mit der Rheinlandskommission zu föhren.

♦ Seltsame Gewerkschiebungen. In Berlin kursieren seit einiger Zeit Gerüchte über Verläufe großer Mengen von Gewehren und militärischen Ausstattungsgegenständen. Die Regierung ist den Gerüchten eifrig nachgegangen, zumal die Namen höherer Ministerialbeamten hinzugezogen wurden. Es ist ihr jetzt gelungen, die verschlüsselten Codes zu entwirren. Sie führen auf ausländische Stellen zurück, die sich hier im großen Stil mit Schiebgeschäften, mit sogenannten Aufgeschäften zu beschäftigen scheinen. Die Unterbindung hat u. a. zur vorübergehenden Entnahme des Konfus einer befremdeten Macht geführt. Die verdächtigen Ministerialbeamten, deren vollständige Schullosigkeit feststeht, haben Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Die Untersuchung darüber, insbesondere im übrigen strafbare Handlungen vorliegen, dauert fort. Es ist zu hoffen, daß diesem Unheil endgültig ein Ende bereitet wird.

♦ Neuer Zwischenfall in Übersees. In Tornowitz kamen gegen 2 Uhr ein französischer Hauptmann und zwei französische Soldaten auf den Bahnhof zum Bade nach Bautzen. Während der Hauptmann in einem Abteil zweiter Klasse Platz nahm, bestiegten die Soldaten das für den Schaffner reservierte Dienstabteil. Der Schaffner forderte die beiden Soldaten auf, das Abteil zu verlassen. Einer der Soldaten ließ die Folge, der andere blieb und sang mit dem Schaffner einen Streit an. Dabei stieß er dem Schaffner vor die Brust und bedrohte ihn mit der Waffe. Der französische Hauptmann kam herbei und entzog ihm die Waffe. Die sich anstimmenden Zivilisten griffen ein, rissen den

franzosen aus dem Abteil und verprügelten ihn. Sicherheitspolizei kam ihm zu Hilfe und schützte ihn vor weiteren Treffen.

♦ Wieder 8000 Geschütze zerstört. Die alliierten Kreise sind „angenehm berühr“ darüber, daß Deutschland in den letzten Wochen die Vertragsbedingungen besser erfüllt hat als bisher. Die interalliierte Konkurrenzkommission hat von der Berliner Regierung Angaben über die Geschütze, die unter ihrer Aufsicht zerstört werden sollen, erhalten; bisher sind 8000 Stück davon zerstört worden.

♦ Das Schiffsal unserer Handelsflotte. Die Londoner Schiffsbauverhandlungen haben jetzt zu einem Ergebnis geführt, daß in Deutschland nur mit Trauer aufgenommen werden kann. Danach behalten wir von den im Bau befindlichen 325 000 Bruttoregister-Tonnen nur 100 000 Tonnen und leider nur diesejenigen, die zurzeit den geringsten Fertigstellungsgrad aufweisen. Nach Vereinbarung mit der deutschen Schiffshausdelegation werden die noch im Bau befindlichen Schiffe auf deutsche Rechnung fertig gemacht. Von den fertigen Schiffen erhalten die Alliierten 225 000 Bruttoregister-Tonnen. Abgelehnt wurde die deutsche Forderung auf Überlassung von weiteren 45 000 Tonnen zu den 100 000 Tonnen.

♦ Kapo. Anhänger in Ungarn. Nach einwandfreien Feststellungen befinden sich, wie von geständiger Seite erklärt wird, Oberst Bauer, Major von Stephan und anscheinend auch Major Bischoff tatsächlich seit dem 24. Mai in Budapest. Wie vermutet wird, ist auch General o. Böhmis dorthin unterwegs.

Großbritannien.

♦ Die englischen Truppen in Deutschland. Im englischen Unterlande teilte ein Vertreter des Kriegsamtes mit, in Polen befinden sich keine englische Truppen, dagegen standen im Allensteiner Abstimmungsgebiet und in Danzig je ein Bataillon, zusammen ungefähr 1500 Mann. Man hoffe, daß das Allensteiner Bataillon bald nach Abhaltung der Abstimmung am 15. Juli zurückgezogen werden könne. Ein Vertreter des Schatzamts teilte in Erwiderung einer Anfrage mit, daß für den Unterhalt der Belagerungsgruppen in Deutschland deutsche Lieferungen im Werte von vier Millionen Pfund Sterling erfolgten. Die englischen Erfassungsliste deuten Ende Mai 1920 noch etwa 45 Millionen Pfund, wozu zu den Wert des Finanzjahr 1920/21 schätzungsweise 2750 000 Pfund Sterling kommen würden.

Frankreich.

♦ Deutschland soll 200 Milliarden zahlen! Im Verfolg des Kamerdezhusses hat das Kabinett Müller und dahin entschieden, unter allen Umständen an der Schadensregelung von 200 Milliarden Frank auf der Konferenz in Spa festzuhalten. Der Pariser "Temps" meldet, daß bis zum 1. Mai von Frankreich 26½ Milliarden Frank für die Wiederherstellung zu Lasten Deutschlands verouffabt waren.

Österreich.

♦ Große Erfolge der Nationalisten. Die türkische Regierung hat wegen der allgemeinen Unzufriedenheit der türkischen Bevölkerung bezüglich des Friedensvertrages beschlossen, den Frieden gegen die Nationalisten nicht weiter fortzuführen, es ist nicht bekannt, ob ein Abkommen geschlossen wurde. Die Nationalisten haben Bull und Edabazar besiegt und haben sie Bismarck und Chendet; sie sind bereits im Besitz der ganzen Küste südlich vom Meerbusen von Izmit.

Wie das Wahlergebnis zustande kommt.

• Zusammentritt des Reichstages am 23. Juni.

Die von geständiger Seite mitgeteilt wird, ist die Frage des Zusammentritts des Reichstages von folgenden Terminen der Reichswahlordnung abhängig:

6. Juni: Wahltag.

9. Juni: Eingang der Ergebnisse der Wahlbezirke beim Kreiswahlleiter.

10. Juni: Sitzung der Kreiswahlausschüsse zur Ermittlung des Wahlergebnisses in den Wahlkreisen.

11. Juni: Eingang der Kreisstimmen der Wahlkreise bei den Verbandswahlleitern und beim Reichswahlleiter.

12. Juni: Sitzungen der Verbandswahlausschüsse zur Ermittlung der Zahl der auf Grund der Kreisstimmen noch

Einige wanderten sofort in ihre Kneipe; andere haben sich vor ihren Hütten ein Lagerfeuer angezündet, über dem sie sich ihr Abendessen zusammen brödeln.

Das Heuer vor Mutter Wilhelmines Hütte ist bereits am Verkohlen. Unterk der glühenden Asche hört die gute alte, den grauen Kopf auf die Brust gesenkt und dusei. In elriger Entfernung die verschwommenen Umrisse schlafender Kinder.

No kommen zwei Reiter die staubige Straße dagehertrott.

Anton, der "Philosoph", der sich gerade vor seiner Hütte die Peife stößt, fragt sie nach ihrem Begehr.

Der eine der beiden Reiter weist sie als ein Polizist von Krapstadt aus, der andere, dem man es auf dem ersten Bild ansieht, daß er nicht gar oft ein Pferd steigt, als ein Dr. Mertens. Justizrat und Notar, aus Berlin.

"So, so! Und was wünschen Sie von mir?" brummte Anton widerwillig.

"Ich wünsche einen gewissen Karl Heinz aus zu sprechen."

Ein mißtrauischer Blick aus Antons scharzen Augen liegt zu der kleinen korporulenten Gestalt hinüber, die doch zu Ross eine unendlich komische Figur macht.

"Steigen Sie ab! Ich werde Sie zu ihm führen!"

Mit keinem Seufzer der Erleichterung gleitet der dicke Herr vom Pferd und wischt sich mit einem großen roteidigen Taschentuch den Schweiß von der Stirn.

"Hilf! Verdammte Hölle hier in eurem afghanischen Glutosen! Bin passend durch und durch!"

Ein paar Minuten später findet in Karls kleiner Hütte nach der ersten Vorstellung unter vier Augen folgende inhaltschwere Unterhaltung statt:

"Sie sind der Pflegedater eines kleinen Mädchens, das vor etwa siebzehn Jahren im Hafen von Krapstadt angeschwemmt wurde?"

"Ja wohl!"

"Ich komme im Namen der deutschen Regierung, um das Mädchen mit mir zu nehmen."

Und der Advokat reicht dem Goldgräber ein großes amtliches Seiden, das dieser schwungvoll überfliegt.

"Sie erkennen das Dokument an?"

Kurzes Kopfnicken als Antwort.

out die Kreiswahlausschüsse entfallenden Abgeordneten; Mitteilung an die Kreiswahlleiter und Abgabe des Wahlscheins an den Kreiswahlleiter.

13. Juni: Sitzungen der Kreiswahlausschüsse zur Verleihung der Abgeordnetenstimme auf die Kreiswahlausschüsse; Erklärung der erforderlichen Anzahl von Abgeordneten für gewählt; Benachrichtigung der Gewählten; gleichzeitig Einholung der Bestimmungen der Wahlkreisverbände beim Kreiswahlleiter.

14. Juni: Sitzung des Reichswahlausschusses zur Feststellung der Zahl der auf die Kreiswahlausschüsse entfallenden Abgeordnetenstimme; Erklärung der entsprechenden Zahl von Abgeordneten für gewählt.

15. Juni: Ausstellung der Nachricht an die auf Grund Kreiswahlausschüsse Gewählten über die Wahl.

16. Juni: Ausstellung der Nachricht an die auf Grund Kreiswahlausschüsse Gewählten über die Wahl.

22. Juni: Ablauf der Frist zur Erklärung über Annahme der Wahl auf Grund Kreiswahlausschüsse.

23. Juni: Ablauf der Frist zur Erklärung über Annahme der Wahl auf Grund Kreiswahlausschüsse.

Der neue Reichstag kann nach dieser Zusammenstellung also frühstens für den 23. Juni einberufen werden.

Welt- und Volkswirtschaft

Der Stand der Mark.

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden, dänische, österreichische oder ungarnische Kronen, schwedische und kanadische Frank und Lire sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. ("Brief" = angeboten; "Geld" = gekauft.)

Währung	3. 6.		2. 6.		Stand 1. 8. 14
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Holland . Gulden	1628,40	1631,00	1508,50	1511,50	170 M.
Dänemark . Kronen	750,25	760,75	694,30	695,70	112 -
Schweiz . Frank	-	-	-	-	72 -
Amerika . Dollar	-	-	-	-	4,40 -
England . Pfund	-	-	-	-	20,20 -
Frankreich . Frank	-	-	-	-	80 -
Italien . Lire	-	-	219,75	240,25	80 -
Deutschland . Kronen	32,98	33,04	27,72	27,75	65 -
Ungarn . Krone	23,72	23,78	22,72	22,75	85 -

Nah und Fern.

♦ Wieder Glückwunschtelegramme, Glückwunsche und Begeisterungstelegramme sowie Telegramme in nicht dringenden Familienangelegenheiten sind von jetzt an wieder zugelassen.

♦ Für das literarische Erbrecht des Staates sprach sich der Münchner Journalisten- und Schriftstellerverein in seiner letzten Sitzung aus. Es forderte, daß nach Ablauf der dreijährlichen Schlußfrist für die Werke verstorbener Autoren das Urheberrecht an den Staat übergehen und von diesem zur Förderung des deutschen Schriftwurms verwertet werden soll.

♦ Gedenkfeier am Slagerrat. Anlässlich des Jahrestages der Schlacht am Slagerrat fand bei den Kriegergräbern auf dem Slagener Kirchhof eine feierliche Gedenkfeier statt, zu der 400 Männer von der deutschen Waffenfuchsstaffette erschienen waren. Ein deutscher Offizier und ein Matrose gedachten der Gefallenen, worauf an den Gräbern Kerzen niedergelegt wurden. Die Feierlichkeit schloß mit Predigt und Gebet seines baulichen Geistlichen in Slaggen.

♦ Dr. Graf v. Posadowitz-Wehner, der frühere Botschafter, ein Staatsmann und Beamter der alten Schule, und auch bei seinen politischen Gegnern als lauter Charakter geschätzt, feierte am 8. Juni den 75. Geburtstag in körperlicher und geistiger Frische. Graf Posadowitz hat vor kurzem auf eine Ausstellung als Kandidat bei den diesmaligen Wahlen verzichtet.

♦ Einschränkung des Fremdenverkehrs in Bayern. Die Verordnung der bayerischen Regierung über die Beförderung des Ausenthalts und Zuganges von Fremden in Bayern hat eine außerordentliche Erhöhung des Fremden- und Geschäftsverkehrs mit sich gebracht. Das bayerische Ministerium des Innern hat neue Vollzugsanweisungen zu der Verordnung ausgearbeitet, die dem Ministerialrat vorgelegt sind. In der neuen Verordnung wird den Bürgern des Handels gebührend Rechnung getragen werden.

"Ich bin Ihnen, da Sie sich des Kindes seinerzeit angewennt haben, eine genaue Erklärung schuldig," häuft der Advokat in geschäftsmäßigem Tone fort, indem er sich nach einem Stuhl umsieht. "Sie gestatten doch?"

"Bitte!"

Der Advokat setzt sich, steht eine möglichst wichtige Menge und häuft abermals fort:

"Vor allem aber können Sie sich über seine Zukunft beschäftigen. Die junge Dame ist reich —"

"So —?"

"Sehr reich sogar —"

"So —?"

"Eine der reichsten Erbinnen der Boelcke finanziell —"

"So —?"

"Weitfache Millionärin —"

"So —?"

Ersichtlich ärgerlich über die scheinbare Gleichgültigkeit des Goldgräbers rückt der Advokat mit seinem Stuhl etwas zurück. Dann setzt er seine Brille zurecht, läuft und beginnt von neuem:

"Einer der reichsten und angesehensten Finanzmänner Berlins, ein gewisser Eduard Winterstein. Der starb vor etwa zwanzig Jahren seine einzige Tochter Edith, ließ sich heimlich in London mit Enriquez Arevalo trauen und begleitete ihren Gatten seitdem auf allen seinen Konzertreisen. Ob die Ehe eine glückliche war, weiß niemand. Aber auf der Höhe der Passion "Africana" in der Nähe vom Kap der guten Hoffnung untergingen, befanden sich auch die Namen Enriquez Arevalo, Violinist aus Madrid, nebst Gemahlin Edith und kleiner Tochter Bianca!"

Justizrat Mertens macht eine kleine Pause, um die Wirkung seiner Worte abzuwarten. Da die Züge seines Gegenübers jedoch nach wie vor unbeweglich bleiben läßt er etwas gereizt fort:

Die wilde Hummel.

14] Roman von Erich Frieden.

Man fragt, täuscht Vermutungen aus, schimpft über „Un dankbarkeit“ und „Ungezogenheit“ der sogenannten „vornehmen Herren“

Da die wilde Hummel jedoch ganz damit einverstanden scheint, und auch Karl die Sache gleichmäßig nimmt, so beruhigen sich auch die „Jungens“ bald und gehen wiederum in ihre Kneipe, um bei Bierchen, Trinken und Spielen ganz zu vergessen, daß ein junger deutscher Student urplötz

Neueste Meldungen.

Beschleppte Kriegsgefangene.

Berlin. Wie verlautet, sollen sich noch immer deutsche Kriegsgefangene in Frankreich befinden, und zwar handelt es sich um einen Oberleutnant zur See, einen Kapitänleutnant und 200 Mann. Der Grund ihrer Zurückhaltung ist nicht klar. Die Offiziere stehen nicht auf der Ausstellungsliste.

Die Kosten der Wiedergutmachungskommission.

Paris. Auf eine Anfrage des gemäßigt sozialistischen Abgeordneten Devaux, welche Beweise die Mitglieder des Wiedergutmachungsausschusses erhielten, erklärte der Minister für auswärtige Angelegenheiten, das französische Budget werde durch den Wiedergutmachungsausschuss mit keinem Centime belastet. Deutschland habe die Kosten zu tragen, und die Beratungen des Wiedergutmachungsausschusses seien geheim einschließlich der Fragen über sein Personal. Die Summen, die Deutschland für den Betrieb des Wiedergutmachungsausschusses zahlen müsse, würden von der Summe, die es als Wiedergutmachung schulde, nicht abgrenzen.

Waffenstillstand in der Türkei.

Paris. Nach einer "Times"-Meldung aus Konstantinopel hat General Gouraud, Oberkommandant Frankreichs in Syrien, einen zwangsläufigen Waffenstillstand mit den Nationalisten in Cilicien abgeschlossen.

Württemberg vor dem Umsturz.

Warschau. Die Warschauer Telegraphen-Agentur berichtet aus Moskau, daß Russland sich unmittelbar vor einem von General Brusilow vorbereiteten Staatsstreich befindet. Der Ausbruch der Krise werde tagtäglich erwartet. Die Führer der russischen Demokratie haben dem polnischen Staatspräsidenten Brusilow angeblich von dem bevorstehenden Schritte Brusilows Mitteilung gemacht und haben um seine Unterstützung gebeten. Sie haben in erster Linie erachtet, im Bereich des politischen Staates ein antibolschewistisches Heer aufstellen zu dürfen und haben jerner gebeten, daß die Polen einer provisorischen russischen Regierung das Abkommen gewähren.

Die Notte der Bolschewisten.

Kopenhagen. Verschiedene hier eingelaufene Nachrichten besagen, daß die bolschewistische Kriegsleitung sofort mit der Wiederherstellung der russischen Ölseeplatte beginnen wird. Eine große Anzahl Matrosen, die bisher an verschiedenen Fronten gekämpft hat, ist zum Marinendienst einberufen worden.

Letzte Drahtberichte des "Wilsdruffer Tageblattes".

Finanzminister Dr. Reinholt für eine Herabsetzung der Fahrtpreise im Vorortverkehr.

Dresden, 4. Juni. (tu.) Neben einer zum Herbst angeblich bevorstehende abermalige Erhöhung der Eisenbahntarife äußerte sich der sächsische Finanzminister Dr. Reinholt zu einem Mitarbeiter der Telegrafen-Union: Wie ist von einer solchen Absicht der Reichsregierung nichts bekannt. Falls aber wider Erwarten das Reich tatsächlich eine abermalige Erhöhung der Eisenbahntarife vereile in Gewögnung ziehen sollte, so werde ich mich jedenfalls im Reichstag mit aller Entschiedenheit gegen eine abermalige Verkürzung der Eisenbahntarife einsetzen. Ich bin eben dabei, in Sachsen eine Herabsetzung der Vororttarife durchzuführen.

Eine überwältigende Mehrheit der Beamten für den Streik.

Berlin, 4. Juni. (tu.) Das Gesamtergebnis der Abstimmung in den Berliner Bankbetrieben ist: 11412 Stimmen für und 4447 gegen den Streik, bei 283 Stimmen Enthaltung.

Anträge auf Verschiebung der Abstimmung.

Basel, 4. Juni. (tu.) Times meldet aus Paris: Dem Abgeordnetenrat liegen 2 Anträge vor auf Verschiebung der Volksabstimmung in den deutschen Abstimmungsgebieten bis zum Oktober.

Der Generalstreik in der ersten Zone in Schleswig.

Tondern, 4. Juni. (tu.) In Tondern und Apenrade ist der angekündigte Generalstreik zum Ausbruch gekommen. Die streikenden Arbeiter durchzogen die Straßen, drangen in die Druckereien ein und verluden die Säger zu bewegen, die Arbeit einzustellen. Das Gas- und Elektrizitätswerk Tondern liegt still, wahrscheinlich werden sich auch die Arbeiter der Wasserwerke dem Ausstand anschließen.

Ein plötzlicher Sturz der russischen Räterepublik ausgeschlossen.

Helsingfors, 4. Juni. (tu.) Aus Moskau wird berichtet: In antibolschewistischen Kreisen hält man einen plötzlichen Sturz der Räteregierung für ausgeschlossen, ja man bezeichnet ihn nicht einmal als münzenwert. Da keine Partei augenhörig stark genug ist, die Regierung zu übernehmen, so würde dann eine vollständige Anarchie eintreten.

Aus Stadt und Land.

Meldungen für diese Ausgabe erscheinen, wie immer herzlich willkommen.

Wilsdruff, den 4. Juni 1920.

— Frauen, denkt an eure Wahlpflicht! Während im vorigen Jahre bei der Wahl zur Nationalversammlung die Frauen ein reges politisches Interesse bekundeten und in hellen Häusern zur Wahlurne eilten, scheint in diesem Jahre im großen und ganzen ihr Interesse an der Reichstagswahl darin zu sein, und es lassen manche Unzeichen darauf schließen, daß weit Kreise der Frauen wahlmüde geworden sind. Besonders auf dem Lande hört man oft Anerkennungen von Frauen, daß das Wählen ja doch nichts nützt, man ist eben enttäuscht von der Wahl zur Nationalversammlung und will nun nicht mehr mitmachen. Tatsächlich halten sich auch die meisten Hausfrauen von Wählerveranstaltungen zurück. Aber die politische Zurückhaltung der Frau ist ein großer Fehler. Gerade dieses Mal darf sie nicht zurückstehen. Keine Frau darf ihre Wahlpflicht versäumen. Jede einzelne muß eingedenkt sein, daß es auf sie ankommt. Denk auch in der Hand der Frau liegt Deutschlands Schicksal.

— Zu den Wahlen. Aus der Bestimmung, daß auf je 50000 für einen Wahlvorschlag abgegebene Stimmen ein Abgeordnetenplatz entfällt, ergibt sich, daß die Mitgliederzahl des neuen Reichstages von vornherein nicht feststeht.

Wahlrecht stand wie gestorben?

Noch nicht genug den Elends?
Auch vom Kärtelsatz und
völliger Untergang?

Mein!
Nur eine Rettung!

Bürgerlich wählen!

Sie hängt ab von der Wahlbeteiligung. Ist sie sehr stark, so wird die neue Volkswahl nahezu 500 Mitglieder zählen, ist sie schwach, dann wird der neue Reichstag nicht mehr Abgeordnete aufweisen als die Nationalversammlung. Die Nationalversammlung zählte 423, der alte Reichstag 397 Abgeordnete. Das ist natürlich für die Mehrheitsbildung von Bedeutung und damit entscheidend für die Zusammensetzung der künftigen Regierung.

— Der heutigen Nummer unseres Blattes liegen ein Flugblatt der Deutschen Nationalen Volkspartei „Die Jubekomitee im Schatzspelz“, und die Wahlsonderausgabe Nr. 4 „Sachsenstimme“ von der Deutschen Volkspartei bei.

— Deutsche Volkspartei. Die öffentliche Versammlung, die gestern abend 8 Uhr im „Auer“ von Herrn Stadtrat Schlichenmaier geleitet wurde, hatte ebenfalls einen guten Besuch aufzuweisen und dauerte bis gegen Mitternacht. Herr Schriftsteller Berger, der Generalsekretär der Partei, unterzog in der Hauptheile das sogenannte neue System einer sachlichen aber scharf pointierten Kritik und verurteilte besonders, daß es die Parteipolitik in Gebiete getragen habe, in die sie nie und niemals gehöre. In Heer und Beamtenamt, Wirtschaftsleben und Kultur sei die Parteipolitik gedrängt worden, und, was das Schlimmste sei, auch die deutsche Außenpolitik werde von ihr durchsetzt und geradezu verhängnisvoll, vernichtend, volksfeindlich beeinflusst. Wenn man wirklich aufbauen wolle, dann müsse man als Baumeister nur die fähigsten Köpfe berufen, ohne nach ihrer Parteigehörigkeit zu fragen. — In der Debatte wies zunächst Herr Dr. Höller von der Demokratischen Partei die Angriffe auf einen ihrer Führer zurück und legte dar, daß nur auf dem Boden der Mitte eine Zusammenarbeit über und die Gesundung der Verhältnisse möglich sei. — Als Unabhängiger rechnete Herr Richter mit den kapitalistischen und bürgerlichen Parteien ab. In weitschweifigen Ausführungen versucht er die Ziele der U.S.P. Ein kleines Intermezzo zwischen den Anhängern der letzteren und dem Versammlungsleiter über die von der Versammlung vorher stillschweigend gebilligte Verlängerung der Redezeit auf 30 Minuten ließ die Wogen der Erregung höher gehen. Schließlich wurde unbedrängt Redezett gewährt. Vor Schluss stellte Herr Stadtrat Bombach eine Notiz der „Sachsenstimme“ über eine von ihm gelane Neuordnung über das Beamtenamt richtig.

— Viehbleibstühle auf dem Lande. Dam Wirtschaftszeitiger Jocher in Niederau wurde aus seiner mit Draht umzogenen Viehweide eine etwa 3 Zentner schwere, 7 Monate alte Kalb gestohlen, die am Tatorte abgeschlachtet worden ist. Das Fell ist dort zurückgelassen worden. — In der Nacht zum 26. Mai ist in Wilsdruff dem Gutsbesitzer Böckels ein Kalb aus dem Kuhstall gestohlen, in dem eine verschlossene Säcklein aufgebrochen worden ist. Das Kalb ist 3 Minuten vom Gute entfernt abgestochen und in ein Weizenfeld verdeckt worden, nachdem drei Schüsse nach den Tätern gefallen sind, als der Viehstaat bemerkt worden war. — In der Nacht zum 28. Mai sind mittels Einbruchs auf dem Rittergut in Schleinitz 50 kleine Stückchen Butter von je 180 Gramm aus einem verschlossenen Keller gestohlen worden.

— Wenn die Käufer sich zurückhalten, werden die Frühholzpreise fallen! Die dazwischen Landesstelle für Ode und Gemüse richten an die Bevölkerung die dringende Mahnung zur Zurückhaltung beim Kauf von Frühholz, da in Württemberg, Ungarn und Südtirol eine geradezu hervorragende Ente zu erwarten sei und niemand Angst zu haben brauche, daß er nicht zu seinem Frühholz komme. Es wird ausdrücklich betont, daß Frühholz wegen seiner Verderblichkeit vom Erzeuger und vom Handel nicht zurückgehalten werden kann. Die Preise für die Ware müßten also fallen, wenn die Käufer sich nur einigermaßen Beschränkung auferlegen.

— Gegen die Bezahlung der Generalstreitäge in der Landwirtschaft. Der Ständige Ausschuß des Landeskulturrates beschäftigte sich mit dem Entwurf einer Verordnung des Reichsarbeitsministers über die Entschädigung der Arbeitnehmer für Verlust am Einkommen aus Anlaß des Generalstreiks während der Märzunruhen. Der Ständige Ausschuß hat beschlossen, für die sächsische Landwirtschaft eine Bezahlung der Streitäge abzuzeichnen mit der Begründung, daß eine Veranlassung zu einem allgemeinen Streik in der Landwirtschaft gerade in der Zeit der dringendsten Frühjahrsbestellungsarbeiten nicht vorliegen und die von dem Streik betroffenen Arbeitgeber durch die Verzögerung der Bestellungsarbeiten selbst teilweise einen großen wirtschaftlichen Schaden erleiden würden.

— Die Blutaus ist zeigt sich wieder sehr stark an den Apfelbäumen. Jedes Gartenbesitzer sei die Beseitigung und Bekämpfung der Insekten mit ordentlichem Karbolinum dringend angeraten, damit er vor größerem Schaden bewahrt bleibt.

— Tagung der Landessynode. Die 11. ordentliche Landessynode der sächsischen evangelisch-lutherischen Landeskirche, zu der am 1. Juni die Wahlen nach dem neuen Wahlrecht in allen Teilen des Landes stattgefunden haben, wird voraussichtlich, wie die sächsische Aufklärungsstelle hofft, in den nächsten Tagen zu einer kurzen Tagung zusammengetreten. Dabei würde es sich zunächst im wesentlichen nur um die Konstituierung der Synode und die Bildung der Ausschüsse handeln können, während die eigentliche Arbeit in der Synode erst im Herbst einzehen dürfte, nachdem umfangreiche Ausschußberatungen über die neuen Vorlagen der Synode vorangegangen sind. Als erster Teil des Verfassungswerkes liegt der Entwurf einer neuen Kirchengemeindeordnung vor, der in den nächsten Tagen von Landeskonsistorium und Synodalausschuß gemeinsam bearbeitet werden wird.

— Heimat für heimatlose Kinder. Nicht erst infolge des Krieges gibt es heimatlose Kinder. Es hat sie auch sonst gegeben. Dazu gehören die elterlichen Kinder, die Vater oder Mutter oder beide Eltern verloren haben oder die auch bei diesen nächsten Angehörigen nicht gut aufgehoben sind, oder die bei großer Kinderschar zu den „Zwietränen“ rechnen. Dazu gehören die unehelichen Kinder, die trotz aller behördlichen Fürsorge, die neuerdings in wesentlich erhöhten Maße und mit gutem Erfolg eintrete, dennoch auch der privaten Fürsorge bedürfen. Sie können doch nicht für ihr Dasein und möchten doch in dem Organismus des Volkes mit eingegliedert werden als nützliche Mitglieder.

— Für solche Kinder sorgt, schon seit vielen Jahren, die Zentrale für Jugendsfürsorge, Dresden-A, Vogthumstraße 7 I., indem sie für die Aufnahme solcher Heimatloser in gute Familien oder für die Aufnahme an Kindergarten eine eigene Abteilung unterhält, die Abteilung V. Schon manches Kind ist durch deren Vermittlung in günstige Verhältnisse verpflanzt worden, wo es blühen und gedeihen kann und auch den neuen Eltern viel Sonnenchein des Glücks und der Freude bringt. Zahlreiche Dankesbriefe bezeugen dies.

— Es sei hierdurch auf diese gemeinnützige Vermittlung hingewiesen, die zugleich auch der erwerbsmäßigen um Teil gesellschaftlichen Vermittlung auf diesen Gebiet entgegnet. Dahin möchten einerseits Kinder gemeldet werden, die für eine solche Verpflegung sich eignen. Begeht sind am meisten Mädchen von zwei bis neun Jahren. Vor allem aber mögen sich Eltern melden, die aus Nächsten- und Gottesliebe solch heimatlosen Kindern eine Heimat bereiten wollen. — Alles Rätere durch obige Geschäftsstelle. Anfragen von auswärts bis Rückporto beizufügen. Sprechzeit 3 bis 5 Uhr, Sonnabend auch 10 bis 1 Uhr.

— Zahlung der Ablieferungsprämien für Brotgeldreide und Getreide. Da die Arbeiten zur Frühjahrsbestellung vielfach die Ablieferung von Brotgeldreide und Getreide stark beeinträchtigt haben, ist der Zeitraum für die Zahlung der Höchsprämien von 300 M. für dieonne Brotgeldreide und Getreide bis zum 15. Juni 1920 verlängert worden.

— Erhöhung der Gebührentage für Herzle und Gehnährte. Das sächsische Ministerium des Innern gibt im Verordnungswage bekannt, daß die 50%ige Erhöhung der ärztlichen Gebührentage vom 28. März 1889, die am 24. Oktober 1919 verfügt wurde, aufgehoben wird, und daß von jetzt ab mit Rücksicht auf den gesunkenen Geldwert sämliche Sätze der sächsischen Gebührentage für ärztliche und jahrräumliche Privatpraxis um 200% erhöht werden.

— Erwerbslosendemonstration in Dresden. Wie uns aus Dresden gemeldet wird, zogen dort am Mittwoch zahlreiche Erwerbslose durch die Stadt zum Ministerialgebäude, wo sich eine Auseinandersetzung zum Ministerpräsidenten Buck abgab und ihm die Wünsche und Klagen der Erwerbslosen vortrug. Die Erwerbslosen wünschten vor allem Förderung der Arbeitsvermittlung und bessere Regelung des Arbeitsmarktes. Der Ministerpräsident vertrag, das vorgebrachte Tafelachenmaterial durch die zurzeit auf Wahlurlaub befindlichen Minister prüfen zu lassen und alles unterstützen zu wollen, was sich zu Gunsten der Erwerbslosen durchführen lasse. Buck hielt dann von der Treppe des Gebäudes aus eine Ansprache an die Erwerbslosen, worin er den Verlauf der Verhandlungen schilderte und versprach, in eine Erwerbslosenversammlung kommen zu wollen, um sich unmittelbar über ihre Wünsche zu unterrichten. Er habe es bisher nicht getan, damit man ihm nicht Wahlmache vorwerfen könnte. Er hoffe, daß sich in Folge der neuen Maßnahmen die Zahl der Erwerbslosen recht bald vermindere und das Wirtschaftsleben neu aufblühe. Zu Zwischenfällen wie bei früheren Gelegenheiten ist es nicht gekommen.

— Goswig. Am 30. Mai nachts in der dritten Stunde wurde auf dem Spiegelgrundweg einem Fleischer ein 14 Zentner schwerer Bulle beschlagen, der zum Zwecke des Schwarzlachts in Großenhain aufgelaufen war. Der Bulle ist dem Kommunalverband übergeben worden.

— Dresden. In der Feuerbestellungsanstalt der Stadt sind im Monat Mai d. Js. 67 Einschätzungen erfolgt und zwar 37 männlichen und 30 weiblichen Geschlechts. Von den Verstorbenen waren 64 evangelisch, 1 katholisch, 2 Dissidenten. In 63 Fällen fand religiöse Feier statt. Vom Tage der Inbetriebnahme (22. Mai 1911) sind dies 6815 Einschätzungen.

— Großhartmannsdorf. Ein schweres Gewitter, das eine Windhose im Gefolge hatte, ging über unserer Gegend nieder und richtete erheblichen Schaden an. In Neuwaltersdorf wurde durch einen Blitzschlag das Gläserne Unwesen eingeschert. Auch in der Lehmühle zündete ein Blitz, doch gelang es hier, das Feuer zu löschen. Von einer Scheune wurde durch die Windhose der ganze Dachstuhl, von einem Wohnhaus die halbe Bedachung abgehoben und zu Boden geschleudert. Eine Anzahl starker Bäume wurde von dem Wirbelsturm glatt abgedreht.

— Plauen i. B. Das Wohnungsamts ist jetzt gezwungen, auch die Teilung der Wohnungen mit mehr als drei bewohnbaren Räumen zu bearbeiten. Belassen werden bei einer Kopfzahl von 1 bis 5 Personen je zwei Räume mehr als Personen, bei einer höheren Kopfzahl je ein Raum mehr.

— Heinersgrün i. B. Ein gewaltiges Schadensfeuer hat das große Schloßgut, das schon über 600 Jahre im Besitz der Familie Feilitzsch steht, in einen Trümmerhaufen verwandelt. Es konnte nur ganz wenig gerettet werden. Wertvolles Silberzeug, wie überhaupt alle wertvollen Sachen sind dem Feuer zum Opfer gefallen, so daß der Schaden auf Hunderttausende geschätzt werden muß. Die großen Stellungen des umfangreichen Rittergutes und die Nachbargebäude sind vom Feuer verschont geblieben.

— Aisch i. B. (Seit sechs Wochen ohne Brot.) Der überwiegend deutschen Bevölkerung von Aisch war von der sächsischen Regierung schon seit sechs Wochen kein Brot zugestellt worden. Die Entlastung hierüber kam am Anlaß des Jahrmarkts am Montag zum Durchbruch. Kaufleute wurden umgeworfen und die Waren auf den Straßen zerstreut. Die Menge plünderte eine Reihe von Bäckerei-, Konditor- und Fleischläden vollständig aus. Eine Abteilung Gendarmerie und Militärpolizei schlug schließlich mit blanker Waffe die Plünderer in die Flucht.

